

NORMAN G. FINKELSTEIN

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern Mythos und Realität

Vorwort

Die Eroberung der Erde, die meistens darauf hinausläuft, dass man sie denen wegnimmt, die eine andere Hautfarbe oder etwas flachere Nasen als wir haben, ist keine hübsche Sache, wenn wir ein bisschen genauer hinschauen.

JOSEPH CONRAD, HERZ DER FINSTERNIS

Hintergrund

Die zionistische Bewegung strebte im späten 19. Jahrhundert die Errichtung eines jüdischen Staates mit überwiegend, wenn nicht sogar rein jüdischer Bevölkerung in Palästina an. Dies war als Lösung der so genannten jüdischen Frage gedacht, also der Wechselbeziehung zwischen Juden und Nichtjuden, die von Zurückweisung (oder Antisemitismus) und Anziehung (oder Assimilation) geprägt war. ¹ Als die zionistische Bewegung nach der Veröffentlichung der Balfour-Erklärung ² durch Großbritannien erst einmal in Palästina Fuß gefasst hatte, stellte die einheimische arabische Bevölkerung das größte Hindernis bei der Schaffung eines solchen Staates dar. Denn unmittelbar vor der zionistischen Besiedlung war der überwiegende Teil der Bevölkerung Palästinas nicht jüdisch, sondern muslimisch- und christlich-arabisch. ³

Den wichtigsten Gruppen quer durch das zionistische Spektrum war von Anfang an klar, dass die einheimische arabische Bevölkerung Palästinas ihre Enteignung nicht stillschweigend hinnehmen würde. „Der Zionismus war nicht, wie häufig behauptet wird, blind gegenüber der Anwesenheit von Arabern in Palästina«, bemerkt Zeev Sternhell. „Zionistische Intellektuelle und Politiker schenken dem ‚arabischen Dilemma‘ vor allem deshalb keine Beachtung, weil sie wussten, dass es innerhalb des zionistischen Weltbildes keine Lösung für dieses Problem gab. ...Im Allgemeinen durchschauten beide Seiten einander recht gut und wussten, dass die Verwirklichung des Zionismus nur auf Kosten der palästinensischen Araber möglich war.“ Moshe Shertok (später Sharett) tat die Überzeugung derjenigen, die von „beiderseitigen Missverständnissen zwischen uns und den Arabern, von ‚gemeinsamen Interessen [und] von ‚der Möglichkeit von Einheit und Frieden zwischen zwei Bruder-Völkern‘“ sprachen, verächtlich als „trügerische Hoffnungen“ ab. „Die Geschichte kennt kein einziges Beispiel“ fasste David Ben-Gurion das Kernproblem prägnant in Worte, „dass ein Volk die Tore seines Landes nicht aus der Notwendigkeit heraus öffnet, sondern weil das Volk, das Einlass begehrt, seinen Wunsch nach diesem Land deutlich gemacht hat.“ ⁸

„Die Tragödie des Zionismus war“, so Walter Laqueur in seinem historischen Standardwerk, „dass er auf der internationalen Bühne erschien, als es keine weißen Flecken mehr auf der Weltkarte gab.“ Das ist nicht ganz richtig, Es war wohl eher so, dass es politisch nicht mehr haltbar war, derartige Flecken zu *schaffen*: Die Möglichkeit einer Eroberung durch die Vernichtung eines Volkes war nicht mehr gegeben. Im Grunde hatte die zionistische Bewegung lediglich die Wahl zwischen zwei Strategien, um ihr Ziel zu erreichen: dem, was Benny Morris „den Weg Südafrikas“ nannte – „die Schaffung eines Apartheidstaates, in dem sich eine Minderheit von Siedlern zu Herren über eine große, ausgebeutete einheimische Mehrheit aufschwingt“ -, oder „dem Weg des Transfers“ - „wenn man alle oder die meisten Araber um- oder aussiedeln würde, könnte man einen homogenen jüdischen Staat oder zumindest einen Staat mit einer überwältigenden jüdischen Mehrheit schaffen“ 5

Phase eins - „Der Weg des Transfers“

In der ersten Phase der Eroberung fasste die zionistische Bewegung den »Weg des Transfers« ins Auge. Trotz der öffentlichen Beteuerungen, man wolle »mit den Arabern in Einheit und gegenseitigem Respekt leben und zusammen die gemeinsame Heimat in ein blühendes Land verwandeln« (Zwölfter Zionistischer Kongress, 1921), verfolgten die Zionisten in Wirklichkeit schon früh das Ziel, die Araber zu vertreiben. »Der Transfer-Gedanke war von Anfang an Teil der zionistischen Bewegung«, berichtet Tom Segev. »Im Kern bestand der zionistische Traum darin, die Araber ‚zum Verschwinden zu bringen‘, was zugleich eine Grundvoraussetzung für die Existenz dieses Traums war. Nur wenige Zionisten zweifelten daran, dass ein Zwangstransfer wünschenswert - und auch moralisch vertretbar - sei.« Entscheidend war die Wahl des richtigen Zeitpunktes, Ben-Gu-rion formulierte seine Gedanken zur Möglichkeit einer Vertreibung Ende der 30er Jahre so: »In Zeiten des Umbruchs wird möglich, was zu normalen Zeiten unvorstellbar ist. Und wenn man dann die Gelegenheit ungenutzt verstreichen lässt und nicht tut, was in solch großen Stunden möglich ist, geht eine ganze Welt verloren.« 6

Das Ziel, die einheimische arabische Bevölkerung »zum Verschwinden zu bringen«, deutet auf eine einfache Wahrheit hin, die unter einem Berg von zionistischer Rechtfertigungsliteratur begraben liegt: Nicht Antisemitismus im Sinne eines irrationalen Hasses auf die Juden spornte die Palästinenser zum Widerstand gegen den Zionismus an, sondern vielmehr die — ganz realistische — Aussicht, von den Zionisten vertrieben zu werden. »Die Angst vor Vertreibung und Enteignung«, schließt Morris folgerichtig, »sollte zur stärksten Triebfeder für den arabischen Widerstand gegen den Zionismus werden.« Ähnlich äußert sich Yehoshua Porath in seiner überragenden Studie zum palästinensischen Nationalismus: »Am meisten Nahrung« bekomme der arabische Antisemitismus »nicht durch den Hass auf die Juden an sich, sondern durch den Widerstand gegen die jüdische Besiedlung in Palästina«. Er argumentiert weiter die Araber hätten zwar anfangs einen Unterschied zwischen Juden und Zionisten gemacht. Es sei jedoch »unvermeidlich« gewesen, dass der Widerstand gegen die zionistischen Siedler in eine Abneigung gegen alle Juden umschlug: »Je mehr Einwanderer kamen, desto stärker identifizierte sich die jüdische Bevölkerungsgruppe mit der zionistischen Bewegung. Die nicht-zionistischen und anti-zionistischen Elemente wurden zu einer unbedeutenden Minderheit unter den Juden, und um die ältere Unterscheidung zu treffen, war ein gehöriges Maß an Wissen und Erfahrung nötig. Es war unrealistisch zu hoffen, dass die breite arabische Bevölkerung und der aufwieglerische Mob, der ein Teil davon war, an dieser Unterscheidung festhalten würde.« 7

Von seinem ersten Aufflackern im späten 19. Jahrhundert bis zu dem Aufstand, der in den dreißiger Jahren den Wendepunkt markierte, richtete der palästinensische Widerstand stets seine ganze Aufmerksamkeit auf den Doppelmoloch zionistischer Eroberung: jüdische Siedler und jüdische Siedlungen. 8 Zionistische Autoren wie Anita Shapira, die das zionistische Vorgehen rechtfertigen wollen, machen einen Unterschied zwischen friedlicher jüdischer Besiedlung und der Anwendung von Gewalt. 9 Aber in Wirklichkeit *war* Besiedlung Gewalt. „Der Zionismus versuchte von Anfang an, seine nationalen Ziele mit Gewalt zu verwirklichen“, bemerkt Yosef Gorny. »Diese Gewalt bestand in erster Linie darin, dass man gemeinsam in der Lage war, in Palästina wieder eine nationale Heimat zu errichten.« Mit der Besiedlung verfolgte die zionistische Bewegung das Ziel, - um es mit Ben-Gurion zu sagen -, vollendete *jüdische Tatsachen* in diesem Land zu schaffen. (Hervorhebung im Original). 10 Zudem waren die Grenzen zwischen Besiedlung und Waffengewalt fließend, da die zionistischen Siedler nach der „vollendeten Verbindung von Pflug und Gewehr“ strebten. Moshe Dayan schrieb im Gedenken daran später: „Wir sind eine Generation von Siedlern, und ohne Kampfhelm und Gewehrlauf wird es uns nicht gelingen, einen Baum zu pflanzen oder ein Haus zu bauen.“ 11 Die zionistische Bewegung führte den Widerstand der Palästinenser gegen die jüdische Besiedlung auf einen generisch- und genetisch bedingten Antisemitismus zurück - jüdische Siedler »werden ermordet«, wie Ben-Gurion es ausdrückte, „einfach deshalb, weil sie Juden sind“ -, um vor sich selbst und der Außenwelt den logischen und berechtigten Unmut der einheimischen Bevölkerung zu verbergen. 12 Während des folgenden Blutvergießens brüsteten sich Blutsverwandte der zionistischen Märtyrer - ähnlich wie die Verwandten der palästinensischen Märtyrer heute - stolz mit dem Opfer, das diese für ihr Volk gebracht hatten. „Es erfüllt mich mit Genugtuung«, so der Vater eines jüdischen Opfers beim Nachruf, »dass ich Zeuge eines solchen historischen Ereignisses werden durfte“.

13

Angesichts der weiteren Entwicklung in den Jahren zwischen den Weltkriegen bis hinein in die Nachkriegszeit darf nicht unerwähnt bleiben dass die westliche Öffentlichkeit einem Bevölkerungstransfer als geeignete (wenn auch extreme) Maßnahme zur Lösung ethnischer Konflikte nicht gänzlich ablehnend gegenüberstand. Mitte der 30er Jahre sprachen sich französische Sozialisten und die jüdische Presse in Europa für eine Umsiedlung der Juden nach Madagaskar aus, um auf diese Weise Polens »Judenproblem« zu lösen. 14 Zum größten Zwangstransfer vor dem Zweiten Weltkrieg kam es zwischen der Türkei und Griechenland. Diese brutale Vertreibung von über 1,5 Millionen Menschen griechischer und türkischer Nationalität, die im Vertrag von Lausanne (1923) gebilligt worden war und unter der Aufsicht des Völkerbundes stattfand, galt bald vielen europäischen Regierungen als viel versprechendes Vorbild. Die Briten führten sie in den späten 30er Jahren als Lösungsmodell für den Palästinakonflikt an. Der rechtsgerichtete Zionistenführer Vladimir Jabotinsky fasste sich angesichts der bevölkerungspolitischen Experimente der Nazis in den von ihnen eroberten Gebieten ein Herz (ungefähr 1,5 Millionen Polen und Juden wurden vertrieben und Hunderttausende von Deutschen an ihrer statt angesiedelt) und rief aus; »Die Welt hat sich an den Gedanken der Massenwanderung gewöhnt und ihn beinahe lieb gewonnen. Hitler - so verhasst er uns auch sein mag - hat diesen Gedanken in der Welt salonfähig gemacht.« Während des Krieges bediente sich auch die Sowjetunion der blutigen Abschiebung aufsässiger Minderheiten, wie etwa der Wolgadeutschen, der Menschen in Tschetschenien-Inguschetien und der Tataren. Mitglieder der zionistischen Arbeiterbewegung verwiesen auf die »positiven Erfahrungen« mit den Vertreibungen in Griechenland und der Türkei sowie der Sowjetunion, um den Transfergedanken zu unterstützen. Auf der Potsdamer Konferenz (1945) erinnerten sich die Alliierten an den »Erfolg« (Churchill) des griechisch-türkischen Bevölkerungstausches und billigten die Vertreibung von mehr als 13 Millionen Deutschen aus Mittel- und Osteuropa (ungefähr zwei Millionen davon starben im Verlauf dieser schrecklichen Entwurzelung). Selbst die linksgerichtete britische Labour-Partei sprach sich

1944 in ihrem Wahlprogramm dafür aus, dass die »Araber zur Auswanderung aus Palästina ermutigt werden sollten«, um einer zionistischen Besiedlung Platz zu machen, Der humanistische Philosoph Bertrand Russell äußerte sich in ähnlicher Weise.¹⁵

Tatsächlich kamen im aufgeklärten Westen viele Menschen zu der Überzeugung, die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung Palästinas sei eine zwangsläufige Begleiterscheinung des Zivilisationsfortschritts. In Amerika identifizierte man sich mühelos mit dem Zionismus, da die »gesellschaftliche Ordnung des *Jishuv* [der jüdischen Bevölkerungsgruppe in Palästina] auf dem Ethos einer Grenzlandgesellschaft beruhte, in der ein Modell von Pionier-Besiedlung den Ton angab«. Richard Crossman, ein bekannter britischer Labour-Abgeordneter, erklärte die »fast totale Missachtung der arabischen Sache« seitens der Amerikaner Mitte der 40er Jahre so: »Der Zionismus ist schließlich nichts anderes als der Versuch europäischer Juden, sich auf dem Boden Palästinas eine nationale Existenz aufzubauen, was ganz ähnlich der Erschließung des Westens durch die amerikanischen Siedler abläuft. Der Amerikaner wird also im Zweifelsfall zu Gunsten des jüdischen Siedlers in Palästina entscheiden und im Araber den Ureinwohner sehen, der dem Fortschritt weichen muss.« Crossman verglich die »verlotterten« Araber mit den engagierten jüdischen Siedlern, die »revolutionäre Kräfte im Nahen Osten in Gang gesetzt« hatten, und bekannte sich selbst im Namen des »sozialen Fortschritts« dazu, ein Befürworter des Zionismus zu sein. Henry Wallace, der linksliberale amerikanische Präsidentschaftskandidat des Jahres 1948, verglich den Kampf der Zionisten in Palästina mit »dem Kampf, der sich 1776 in den amerikanischen Kolonien abspielte. So, wie die Briten damals die Irokesen zum Kampf gegen die amerikanischen Siedler aufhetzten, so stacheln sie heute die Araber an.«¹⁶ Allerdings gab es auch außerhalb Palästinas Menschen, die sehr genau erkannten, was vor sich ging, und sich mit der einheimischen Bevölkerung identifizierten. In seinen Tagebüchern, die inzwischen berühmt geworden sind, kritisierte Victor Klemperer wiederholt die rückschrittliche gemeinsame Vorstellungswelt, die Zionismus und Nationalsozialismus teilten - im Besonderen die häufig anzutreffende Überzeugung, er als Jude sei kein Deutscher und könne es auch niemals sein. „Ich kann mir nicht helfen«, schrieb er weiter, »ich sympathisiere mit den aufständischen Arabern dort [in Palästina], denen das Land „abgekauft“ wird. Indianerschicksal, [sagt] Eva [seine Frau].«¹⁷

1948 nutzte die zionistische Bewegung die »Zeiten des Umbruchs« im ersten arabisch-israelischen Krieg — ähnlich den Serben im Kosovo während der NATO-Angriffe —, um über 80 Prozent der einheimischen Bevölkerung (etwa 750 000 Palästinenser) zu vertreiben und auf diese Weise ihrem Ziel eines überwiegend jüdischen Staates, wenn auch noch nicht in ganz Palästina, näher zu kommen.““ Berl Katznelson — er galt als das »Gewissen« der zionistischen Arbeiterbewegung — hatte behauptet; »Kein Kolonisierungsprojekt war je von so viel Ehrlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber anderen geprägt wie unsere Arbeit hier in Eretz Israel.« In seinem mehrbändigen Lobgesang auf die Enteignung der Urbevölkerung durch die amerikanischen Siedler; *The Winning of the West*, kam Theodore Roosevelt ganz ähnlich zu dem Schluss: »Kein anderes Volk von Eroberern hat sich den wilden Landbesitzern gegenüber so großzügig gezeigt wie das der Vereinigten Staaten.« Aus der Sicht der Empfänger dieser wohlthätigen Gaben dürfte sich die Geschichte wohl etwas anders anhören.¹⁹

Phase zwei - »Der Weg Südafrikas«

Vor und nach dem Krieg von 1948 fürchteten Araber (und Briten) vor allem, die zionistische Bewegung könnte den von Palästina abgetrennten jüdischen Staat als Sprungbrett zur weiteren Expansion nutzen.²⁰ Und tatsächlich verfolgten die Zionisten bereits früh eine »Stufen«-Strategie der schrittweisen Eroberung Palästinas — eine Strategie, die man später

den Palästinensern vorwerfen würde. »Die zionistische Vision ließ sich nicht von heute auf morgen verwirklichen«, berichtet der offizielle Biograf Ben-Gurions, »und erst recht nicht die Verwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat. Das von den alles andere als günstigen Umständen diktierte schrittweise Vorgehen erforderte, Ziele zu formulieren, die wie »Zugeständnisse« klangen.« Man fügte sich den von Großbritannien und den Vereinten Nationen gemachten Teilungsvorschlägen für Palästina, sah darin aber »lediglich einen Schritt auf dem Weg zu einer weiter reichenden Umsetzung des Zionismus« Ben-Gurion. ²¹ Nach dem Krieg von 1948 bedauerte die zionistische Führung vor allem, dass es ihr nicht gelungen war, ganz Palästina zu erobern. 1967 nutzte Israel die »Zeiten des Umbruchs« im Junikrieg, um die Aufgabe zu vollenden. ²² Sir Martin Gilbert behauptete in seiner glühenden Geschichte Israels, die zionistische Führung hätte in den eroberten Gebieten von Anfang an eine unerwünschte „Bürde gesehen, die schwer auf Israel lasten würde«. In seiner hochgelobten neuen Studie *Six Days of War* schreibt Michael Oren, die israelische Besetzung des Sinai, der Golanhöhen, der Westbank (des Westjordanlandes) und des Gazastreifens habe sich »größtenteils zufällig ergeben«, sei eine Folge der »Wechselfälle und Dynamik des Krieges«. Im Lichte der langjährigen territorialen Bestrebungen der zionistischen Bewegung meint Sternhell nüchterner: »Die Rolle der Besatzungsmacht, die Israel nur wenige Monate nach dem Blitzsieg im Juni 1967 zu spielen begann, war weder die Folge einer Fehleinschätzung seitens der damaligen Führung noch das Resultat herrschender Umstände, sondern ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der wichtigsten zionistischen Ziele.« ²³

Nach der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens stand Israel vor dem gleichen Dilemma wie zu Beginn der zionistischen Bewegung: Man wollte das Land, aber nicht die Menschen. ²⁴ Vertreibung stand jedoch nicht mehr zur Diskussion. Infolge der brutalen Experimente und Pläne der Nazis in Sachen Bevölkerungspolitik lehnte die internationale öffentliche Meinung den Zwangstransfer ganzer Völker nun als unrechtmäßig ab. Ein Meilenstein ist die 1949 ratifizierte Vierte Genfer Konvention, in der erstmals »unmissverständlich die Deportation von Zivilisten während einer Besetzung «verboten wurde« (Artikel 49 und 147). ²⁵ Entsprechend wandte sich Israel nach dem Junikrieg der zweiten der beiden erwähnten Alternativen zu - der Apartheid, was sich als Haupthindernis für eine diplomatische Beilegung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern erwies.

Der »Friedensprozess«

Direkt im Anschluss an den Junikrieg berieten die Vereinten Nationen über die Modalitäten für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Der breite Konsens der UNO-Vollversammlung und des UNO-Sicherheitsrats ging dahin, von Israel den Abzug aus den arabischen Gebieten zu fordern, die es während des Junikriegs besetzt hatte. Die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats machte in der Präambel den dort betonten völkerrechtlichen Grundsatz »der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg« zur Bedingung. ²⁶ Andererseits forderte Resolution 242 die arabischen Staaten auf, Israels Recht anzuerkennen, »innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben«. Der internationale Konsens kam auch den nationalen Bestrebungen der Palästinenser entgegen und sah letztendlich vor, in der Westbank und dem Gazastreifen einen palästinensischen Staat zu errichten, sobald sich Israel auf die Grenzen von vor dem Juni 1967 zurückgezogen hätte. (Resolution 242 war mit ihrer Forderung hinsichtlich der Palästinenser, »eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen, vage geblieben.)

Obwohl Verteidigungsminister Moshe Dayan inoffiziell einräumte, dass die Resolution 242 einen vollständigen Rückzug forderte, vertrat Israel offiziell auch weiterhin die Position, sie lasse durchaus Raum für eine »territoriale Revision«. ²⁷ Als Israel es im Februar 1971

ablehnte, sich im Austausch gegen einen von Ägypten angebotenen Friedensvertrag vollständig aus dem Sinai zurückzuziehen, führte das schließlich zum Oktoberkrieg von 1973.²⁸ Der Vorschlag Yigal Allons, eines führenden Politikers der Arbeitspartei und Kabinettsmitglieds, gab in den späten 60er Jahren den Rahmen der israelischen Politik hinsichtlich des palästinensischen Gebietes vor. Der »Allon-Plan« forderte die Annektierung von knapp der Hälfte der Westbank durch Israel. Die Palästinenser sollten in der anderen Hälfte auf zwei nicht miteinander verbundene Kantone im Norden und Süden beschränkt werden. Sasson Sofer weist ganz allgemein auf den »fruchtbaren Dualismus« in der israelischen Diplomatie hin — man sollte eher »fruchtbarer Zynismus« sagen —, »bei dem Streben nach Legitimierung zuerst die Einzigartigkeit der Judenfrage zu betonen und dann die Normalität der Existenz Israels als souveräner Staat herauszustreichen, dem alle Rechte und Privilegien einer Nation gewährt werden sollten«. Im vorliegenden Fall forderte Israel, wie jeder andere souveräne Staat, volle Anerkennung, beanspruchte aber gleichzeitig auf Grund des einzigartigen jüdischen Leidens und ungeachtet des Völkerrechts das Recht auf Territorialgewinn durch Eroberung. Wie an anderer Stelle zu sehen ist, spielte die Berufung auf den Holocaust in diesem diplomatischen Spiel eine entscheidende Rolle.²⁹

Anfänglich unterstützten die Vereinigten Staaten die Konsens-Auslegung von Resolution 242 und gestatteten lediglich „geringfügige“ und „beiderseitige“ Anpassungen entlang der unregelmäßigen Grenze zwischen Israel und der unter jordanischer Kontrolle stehenden Westbank.³⁰ Auch in hitzigen inoffiziellen Gesprächen mit Israel während der 1968 unter der Schirmherrschaft der UNO angestrebten Schlichtungsversuche Gunnar Jarrings³¹ blieben die Vereinigten Staaten dabei: »Mit den Worten ‚anerkannt und sicher‘ sind ‚Sicherheitsvorkehrungen‘ und die ‚Anerkennung‘ neuer Linien als internationale Grenzen gemeint«, »nicht aber, dass Israel sein Territorium auf die Westbank oder bis zum Suezkanal ausdehnen könne, falls Israel der Meinung wäre, das sei aus Sicherheitsgründen erforderlich.« Und: »Es wird niemals Frieden geben, wenn Israel versucht, große Stücke des Landes für sich zu behalten.« Die Vereinigten Staaten erwähnten den Allon-Plan namentlich und bezeichneten sogar die reduzierte Version als »chancenlos« und »grundsätzlich inakzeptabel«.³²

Unter der Regierung Nixon-Kissinger kam es jedoch zu einem entscheidenden Kurswechsel in der amerikanischen Politik, die erneut der Israels angeglichen wurde.³³ Mit Ausnahme von Israel und den Vereinigten Staaten (und gelegentlich einem von den USA abhängigen Staat, einem so genannten Klientenstaat), hält die internationale Gemeinschaft inzwischen seit einem Vierteljahrhundert an der »Zwei-Staaten«-Regelung fest. Dahinter verbirgt sich die folgende Formel: vollständiger Abzug Israels und völlige Anerkennung Israels seitens der Araber sowie die Errichtung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Im Januar 1976 und im April 1980 stimmte der UNO-Sicherheitsrat über Resolutionen ab, in denen die von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) sowie den benachbarten arabischen Staaten mitgetragene Zwei-Staaten-Regelung bestätigt werden sollte. Beide Male machten allein die Vereinigten Staaten von ihrem alleinigen Vetorecht Gebrauch. Im Dezember 1989 wurde eine ähnlich lautende Resolution der UNO-Vollversammlung mit 151:3 Stimmen (keine Enthaltungen) verabschiedet. Die drei Gegenstimmen kamen von Israel, den Vereinigten Staaten und Dominica [Insel der Kleinen Antillen].³⁴ Angesichts dieser Missachtung der Weltmeinung überrascht es kaum, dass Israel es zur Bedingung für Verhandlungen machte, dass die Palästinenser »ihre traditionelle Forderung« nach »einem internationalen Schiedsverfahren« oder einer »Entscheidung durch den Sicherheitsrat« aufgeben müssen.³⁵ Die größte Hürde bei der Annektierung des besetzten Palästinensergebietes durch Israel stellte die PLO dar. Nachdem sie der Zwei-Staaten-Regelung Mitte der 70er Jahre zugestimmt hatte, konnte man sie nicht mehr mit der Begründung übergehen, es handle sich um eine rein terroristische Organisation, welche die Vernichtung Israels zum Ziel habe. Der Druck auf Israel, eine Einigung mit einer »kompromissbereiten« PLO herbeizu-

führen, nahm sogar zu. Deshalb marschierte Israel 1982 im Libanon ein, wo sich der Hauptsitz der palästinensischen Führung befand. Damit wollte man abwenden, was der Strategeanalytiker Avner Yaniv als »Friedensoffensive« der PLO bezeichnete.“³⁶

Frustriert von der durch die Blockadepolitik der Vereinigten Staaten und Israels verursachten diplomatischen Patt-Situation, erhoben sich die Palästinenser im Dezember 1987 in der Westbank und im Gazastreifen in einer vom Ansatz her gewaltfreien und zivilen Revolte, der Intifada, gegen die israelische Besatzung. Israel brutales Vorgehen (das durch die unfähige und korrupte PLO-Führung noch verschlimmert wurde) führte schließlich zur Niederschlagung des Aufstandes.³⁷ Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Zerstörung des Irak und die Einstellung der finanziellen Unterstützung aus den Golfstaaten führten zu einer weiteren Verschlechterung des Geschicks der Palästinenser. Die Vereinigten Staaten und Israel ergriffen die Gelegenheit, um die bereits korrupte und jetzt auch noch verzweifelte palästinensische Führung - die »geschwächt« und »am Rande des Bankrotts« sei (so Uri Savir, der israelische Chefunterhändler in Oslo) - in die Rolle eines Stellvertreters israelischer Macht zu drängen. Mit dem im September 1993 unterzeichneten Oslo-Abkommen

verfolgte man eigentlich das Ziel, Arafat und die PLO mit Macht und Privilegien zu ködern und so ein palästinensisches Bantustan [eines der früheren „Homelands“, die in der damaligen Apartheid-Republik Südafrika für Schwarzafrikaner »reserviert« waren (Anm. d. Ü.)]

zu schaffen - ganz ähnlich wie es die Briten in den Jahren der Mandatsregierung durch Amin al-Husayni, den Großmufti von Jerusalem, und den Obersten Muslimischen Rat zwecks Kontrolle über Palästina getan hatten. »Die Besatzung dauerte an« nach Oslo, schrieb der

erfahrene israelische Kommentator Meron Benvenisti, »wenn auch ferngesteuert und mit Zustimmung des palästinensischen Volkes, das durch die PLO als ‚alleinigen Repräsentanten‘ vertreten wurde.« Und noch einmal: »Es gibt keinen Zweifel daran, dass eine auf den

gegenwärtigen Machtverhältnissen beruhende >Kooperation< nur eine versteckte Fortsetzung israelischer Vorherrschaft ist, und die palästinensische Selbstbestimmung in Wirklichkeit einer Bantustan-Regelung gleichkommt.« Laut Savir bestand der »Test« für Arafat und die PLO darin, ob sie »ihre neue Machtbasis dazu nutzen, Hamas und andere gewaltbereite Oppositionsgruppen, die gegen die Apartheid in Israel kämpften, zu zerschlagen«.³⁹

Die israelische Siedlungspolitik der vergangenen zehn Jahre in den besetzten Gebieten zeigt, was für eine Entwicklung durch den »Friedensprozess« in Oslo tatsächlich in Gang gesetzt wurde. Die Einzelheiten werden in der unter dem Titel *Land Grab* erschienenen Studie der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem (israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten) dargelegt.⁴⁰ Während der jahrelangen Verhandlungen in Oslo stieg die Zahl der jüdischen Siedler von 250 000 auf 380 000

an, was sich in erster Linie auf eine massive finanzielle Unterstützung durch die israelische Regierung zurückführen lässt. Während der Amtszeit Ehud Baraks (Arbeitspartei) ging es mit den Siedlungsaktivitäten schneller voran als unter Benjamin Netanyahu (Likud). Inzwischen überziehen diese Siedlungen, die nach dem Völkerrecht illegal sind und auf Land erbaut sind, das den Palästinensern widerrechtlich genommen wurde, beinahe die Hälfte der Westbank-Fläche. Das Siedlungsgebiet wurde praktisch von Israel annektiert (das israelische Gesetz gilt nicht nur für die in den Siedlungen lebenden israelischen, sondern auch für die nicht-israelischen Juden), und Palästinenser dürfen es nur mit einer Sondergenehmigung betreten. Die Zersplitterung der Westbank in unzusammenhängende und nicht lebensfähige Enklaven hat bisher eine bedeutsame palästinensische Fortentwicklung behindert. In Teilen der Westbank und Ost-Jerusalems befindet sich das einzige zur Bebauung freigegebene Land in den unter israelischer Gerichtsbarkeit stehenden Gebieten. Die 5000 im Jordantal lebenden jüdischen Siedler verbrauchen ebenso viel Wasser wie drei Viertel der zwei Millionen in der

Westbank lebenden Palästinenser. Während der jahrelangen Verhandlungen von Oslo wurde nicht eine einzige jüdische Siedlung aufgelöst. Dagegen stieg die Zahl der Wohneinheiten in den Siedlungen um mehr als 50 Prozent (ausgenommen Ost-Jerusalem). Wie gesagt fand der größte Anstieg neuer Wohnungen nicht unter der Regierung Netanyahu, sondern im Jahr 2000 unter der Regierung Barak statt - genau zu der Zeit, als Barak behauptete, bei seinen Friedensbemühungen »nichts unversucht gelassen« zu haben.

Die B'Tselem-Studie kommt zu dem Schluss: »Israel hat in den besetzten Gebieten ein auf Diskriminierung basierendes Regime der Völkertrennung geschaffen: Die Rechte des Einzelnen sind von seiner Staatsangehörigkeit abhängig, und im gleichen Land kommen zwei unterschiedliche Rechtssysteme zur Anwendung. Dieses Regime ist das einzige seiner Art auf der ganzen Welt und erinnert an frühere abstoßende Regierungssysteme wie das Apartheid-Regime Südafrikas.« Israel errichtete zeitgleich mit der Veröffentlichung des B'Tselem-Berichts im Mai 2002 vierzig neue Siedlungen, was die UNO-Menschenrechtskommission als »brandstiftend und provokativ« verurteilte. 41

Während die jüdischen Siedlungen wachsen, pfercht Israel die in der Westbank lebenden Palästinenser in acht von Stacheldraht umgebenen Teilgebieten zusammen, Wer sich zwischen den einzelnen Gebieten hin- und herbewegen oder Handel treiben möchte, braucht dazu eine Genehmigung (Lastwagen müssen an den Grenzen »Rücken an Rücken« be- und entladen werden), was einer Wirtschaft weiter schwer schadet, in der der Anteil der Arbeitslosen mancherorts bereits über 70 Prozent liegt und die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von zwei Dollar am Tag lebt. »Wirklich erschreckend«, klagte ein Autor in Ha'aretz, »ist die Gleichgültigkeit, mit der die Massenmedien die Geschichte wahrgenommen haben und wie sie damit umgegangen sind. Wo bleibt der öffentliche Aufschrei gegen diesen Versuch, die Gebiete voneinander zu trennen und Inlandspässe durchzusetzen...[und] eine Bevölkerung zu demütigen und ihr das Leben schwer zu machen, die unter den gegebenen Umständen kaum in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder auch nur ihr Leben zu leben?« 42

„Nach sieben Jahren immer wieder unterbrochener Verhandlungen und einer Reihe von Übergangsregelungen, welche die Palästinenser auch noch der wenigen Brosamen beraubten, die von des Herren Tisch in Oslo für sie gefallen waren 43, kam im Juli 2000 in Camp David die Stunde der Wahrheit. Präsident Clinton und Premierminister Barak stellten Arafat vor die Wahl, einer »Bantustan-Regelung« offiziell zuzustimmen oder die alleinige Verantwortung für das Scheitern des »Friedensprozesses« zu tragen. Aber Arafat lehnte es ab, vom internationalen Konsens zur Lösung des Konflikts abzuweichen. Laut Robert Malley, einem wichtigen Mitglied des amerikanischen Verhandlungsteams in Camp David, bestand Arafat weiterhin auf einem »auf den Grenzen vom 4. Juni 1967 beruhenden Palästinenserstaat an der Seite Israels«. Gleichzeitig »akzeptierte er die Vorstellung einer Annexion von Teilen der Westbank durch Israel, um Siedlungen unterzubringen, beharrte aber dafür auf einem Landtausch ‚gleich großer und gleichwertiger‘ Flächen im Verhältnis von eins zu eins« - also den »geringfügigen« und »beiderseitigen« Grenzanpassungen, die dem ursprünglichen Standpunkt der Vereinigten Staaten zur Resolution 242 entsprachen. Malleys Ausführungen zu dem palästinensischen Vorschlag in Camp David - ein Angebot, das weithin abgetan und über das nur wenig berichtet wurde - verdienen es, in voller Länge zitiert zu werden: »...ein israelischer Staat, der etwas von dem 1967 besetzten Land mit einer sehr großen Mehrheit seiner Siedler eingliedert; das größte jüdische Jerusalem in der Geschichte der Stadt; die Bewahrung des (jetzigen) Zahlenverhältnisses zwischen Juden und Arabern in Israel; für die Sicherheit garantiert eine unter der Leitung der Vereinigten Staaten stehende internationale Präsenz.« Entgegen dem von Barak, Clinton und staatstreuen Medien gesponnenen Mythos

erklärte ein Sonderberater des britischen Außenministeriums: »Barak bot die äußerlichen Anzeichen einer palästinensischen Souveränität an, bei gleichzeitiger Fortsetzung der Unterdrückung der Palästinenser. Obwohl die Berichte über den Vorschlag Baraks erheblich voneinander abweichen, sind sich die gut informierten Beobachter darin einig, dass das bedeutet hätte, dass »das von Israel annektierte Gebiet tief in den palästinensischen

Staat vorgedrungen (Malley), die Westbank in eine Vielzahl unverbundener Enklaven zersplittert worden wäre und man einen Landtausch angeboten hätte, bei dem die Gebiete weder gleich groß noch gleichwertig gewesen wären.« 44

Vor diesem Hintergrund ist auch die israelische Reaktion auf den saudischen Friedensplan vom März 2002 zu sehen. Kronprinz Abdullah hatte den Plan ausgearbeitet, dem alle einundzwanzig Mitglieder der Arabischen Liga zugestimmt hatten. Die darin enthaltenen Zugeständnisse gingen über den internationalen Konsens hinaus. Im Austausch gegen den vollständigen Abzug Israels wurden darin nicht nur die vollständige Anerkennung, sondern »normale Beziehungen zu Israel« angeboten, Zudem wurde nicht auf dem »Recht auf Rückkehr« für die palästinensischen Flüchtlinge bestanden, sondern stattdessen lediglich eine »gerechte Lösung« des Flüchtlingsproblems gefordert. Ein Kommentator schrieb in der Zeitung Ha'aretz, der saudische Friedensplan weise »überraschende Ähnlichkeit mit dem Vorschlag auf, den Barak vor zwei Jahren [in Camp David] gemacht haben will«. Wäre Israel im Gegenzug zu einer Normalisierung der Beziehungen zur arabischen Welt tatsächlich zu einem vollständigen Abzug bereit, hätte der saudische Vorschlag und seine einstimmige Billigung auf dem Gipfel der Arabischen Liga euphorischen Jubel auslösen müssen. In Wirklichkeit sah es so aus, dass er nach einem kurzen, aus Schweigen und Ausweichen bestehenden Zwischenspiel umgehend im Orwellschen Erinnerungsloch verschwand. 45 Trotzdem bot die falsche Behauptung Baraks - und Clintons -, die Palästinenser hätten in Camp David ein mehr als großzügiges israelisches Angebot ausgeschlagen, einen ausreichenden moralischen Deckmantel für die anschließenden Gräueltaten.

Aus dem Nazi-Holocaust lernen

Im September 2000 begann die zweite Intifada der Palästinenser gegen die israelische Herrschaft. Bald nach dem Wiederaufflammen des Widerstandes schrieb die Journalistin Amira Hass in der Zeitung Ha'aretz, nach den „verzerrten Vorstellungen“, die die Israelis seit

Oslo entwickelt hatten, »hätten die Palästinenser eine Koexistenz akzeptieren sollen, in der sie den Israelis nicht gleichgestellt gewesen wären und als Menschen gegolten hätten, denen viel, sehr viel weniger zusteht als den Juden. Letzten Endes waren die Palästinenser jedoch nicht bereit, mit dieser Regelung zu leben. Die neue Intifada ... ist ein letzter Versuch, den Israelis den Spiegel vorzuhalten und ihnen zu sagen: „Seht euch genau an! Seht, wie rassistisch ihr geworden seid!“« Nachdem der in Oslo begonnene Versuch, mit Zuckerbrot zu locken, gescheitert war, griff Israel nun zur großen Peitsche. Aber zwei Bedingungen mussten erfüllt sein, bevor Israel seine immense militärische Überlegenheit ausspielen konnte: »grünes Licht« aus den Vereinigten Staaten und ein ausreichender Vorwand.

Bereits im Sommer 2001 hatte die kompetente *Jane's Information Group* berichtet, Israel habe die Planung einer massiven und blutigen Invasion der besetzten Gebiete abgeschlossen. Aber die Vereinigten Staaten erhoben Einspruch gegen das Vorhaben und Europa machte seine ablehnende Haltung gleichermaßen deutlich. Nach dem 11. September zogen die Vereinigten Staaten jedoch am gleichen Strang. Sharons Ziel, die Palästinenser zu vernichten, deckte sich im Grunde mit dem Ziel der amerikanischen Regierung, das grauenhafte Attentat auf das World Trade Center zu nutzen, um auch noch den letzten Rest arabischen Widerstands gegen die völlige Vorherrschaft der USA zu brechen. Durch schiere Willenskraft und trotz

einer in höchstem Maße korrupten Führung erwiesen sich die Palästinenser als die widerstandsfähigste und unnachgiebigste Kraft in der arabischen Welt. Würde man sie in die Knie zwingen, so wäre das ein vernichtender psychologischer Schlag für die gesamte Region.
46

Als die Vereinigten Staaten grünes Licht gegeben hatten, fehlte Israel nur noch ein Vorwand. Wie nach jedem Nachlassen palästinensischer Terroranschläge ging man erwartungsgemäß dazu über, vermehrt führende Palästinenser zu ermorden. »Auch nach der Zerstörung der Häuser in Rafah und Jerusalem verhielten sich die Palästinenser weiter zurückhaltend«, erklärte Shulamit Aloni von der israelischen Meretz-Partei. »Sharon und sein Verteidigungsminister befürchteten offenbar, an den Verhandlungstisch zurückkehren zu müssen, und beschlossen, etwas zu unternehmen. Sie ließen Raed Karmi liquidieren. Sie wussten, dass dies nicht unbeantwortet bleiben würde und wir mit dem Blut der Bürger dafür bezahlen würden.«⁴⁷ Offensichtlich bemühte sich Israel tatsächlich verzweifelt darum, eine blutige Reaktion auszulösen. Als die Terroranschläge der Palästinenser die erwünschte Schwelle überschritten, konnte Sharon den Krieg erklären und mit der Vernichtung der im Grunde wehrlosen palästinensischen Zivilbevölkerung fortfahren.

Nur wer bewusst die Augen verschloss, dem konnte entgehen, dass die »Operation Schutzschild«, der israelische Einmarsch in der Westbank im März und April, weitgehend eine Wiederholung der Libanon-Invasion vom Juni 1982 war. Um das palästinensische Ziel eines unabhängigen Staates an der Seite Israels - die »Friedensoffensive« der PLO - zunichte zu machen, plante Israel im September 1981 die Invasion des Libanon. Doch dazu waren grünes Licht von der amerikanischen Reagan-Regierung und ein Vorwand vonnöten.

Zu Israels großem Verdruss und trotz mehrfacher Provokationen gelang es nicht, einen palästinensischen Angriff an der israelischen Nordgrenze herauszufordern. Also verstärkte Israel die Luftangriffe auf den Südlibanon. Nach einem besonders mörderischen Angriff, bei dem zweihundert Zivilisten ums Leben kamen (darunter 60 Menschen in einem palästinensischen Kinderkrankenhaus), schlug die PLO schließlich zurück und tötete einen Israeli. Da man nun einen Vorwand hatte und auch die Regierung Reagan grünes

Licht gab, marschierte Israel ein. Unter dem immer gleichen Motto, nämlich »den palästinensischen Terror auszurotten«, veranstaltete Israel ein Massaker unter der wehrlosen Bevölkerung und tötete zwischen Juni und September 1982 etwa 20 000 Palästinenser und

Libanesen, fast ausschließlich Zivilisten. Man darf im Vergleich dazu erwähnen, dass sich die offizielle Zahl der Juden, »die ihr Leben für die Errichtung und die Sicherheit des jüdischen Staates gegeben haben« - also die Gesamtzahl aller Juden, die seit dem Beginn der

zionistischen Bewegung vor 120 Jahren bis heute (zumeist) in Kämpfen zu Kriegszeiten umgekommen oder Terroranschlägen zum Opfer gefallen sind -, im Mai 2002 auf 21 182 belief. 48

Um den palästinensischen Widerstand zu brechen, drängte ein ranghoher israelischer Offizier die Armee Anfang 2002 dazu, »zu analysieren und zu verinnerlichen wie die deutsche Armee im Warschauer Getto kämpfte«. Nach dem Blutbad zu urteilen, das die Israelis in der Westbank anrichteten und das mit der »Operation Schutzschild« seinen Höhepunkt erreichte, hat die israelische Armee den Rat dieses Offiziers offenbar befolgt: Es wurden gezielt palästinensische Rettungswagen und medizinisches Personal sowie Journalisten beschossen; palästinensische Kinder wurden »zum Spaß« ermordet (Chris Hedges, ehemaliger Leiter des Büros der *New York Times* in Kairo); alle männlichen Palästinenser zwischen 15 und 50 wurden zusammengetrieben, man fesselte sie mit Handschellen, verband ihnen die Augen und versah sie am Handgelenk mit Nummern; palästinensische Gefangene wurden willkürlich

gefoltert; der palästinensischen Zivilbevölkerung wurden Nahrung, Wasser, Strom und medizinische Versorgung vorenthalten; es fanden wahllose Luftangriffe auf palästinensische Wohnviertel statt; palästinensische Zivilisten wurden als menschliche Schutzschilde missbraucht; palästinensische Häuser mitsamt den Bewohnern, die sich darin zusammendrängten, wurden mit Bulldozern eingerissen. 49

Eine Untersuchung der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) zu den israelischen Militäraktionen im April 2002 im Flüchtlingslager von Jenin kam zu dem Ergebnis, dass »israelische Streitkräfte ernste Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben. Einige davon sind *prima facie* [juristisch so genannter »Anscheinsbeweis«] gleichbedeutend mit Kriegsverbrechen«. Ungefähr 4 000 Palästinenser, mehr als ein Viertel der in dem Flüchtlingslager lebenden Menschen, wurden obdachlos infolge einer »Zerstörung, [die] weit über jedes erdenkliche Interesse daran, Zugang zu Kämpfen zu erhalten, hinausging und in keinem Verhältnis zu den verfolgten militärischen Zielen stand«. Hier einige typische Beispiele für die von HRW in Jenin dokumentierten israelischen Gräueltaten: Ein »37-jähriger gelähmter Mann wurde getötet, als die israelischen Verteidigungskräfte sein Haus über ihm dem Erdboden gleichmachten; man hatte seinen Verwandten keine Zeit gelassen, ihn aus dem Haus zu holen«; ein »an den Rollstuhl gefesselter 57-jähriger Mann wurde auf einer Hauptstraße außerhalb des Lagers von einem Panzer beschossen und überrollt, obwohl er eine weiße Fahne an seinem Rollstuhl befestigt hatte«; »israelische Soldaten zwangen eine 65-jährige Frau während eines Hubschrauberangriffs dazu, sich auf einem Dach vor eine Stellung der israelischen Streitkräfte zu stellen«. Ein leitendes Mitglied des HRW-Untersuchungsteams bemerkte zudem, die Geschehnisse in Jenin unterschieden sich »nicht wesentlich von anderen Angriffen« im Rahmen der »Operation Schutzschild«. In Nablus und Ramallah sei die Verwüstung noch größer gewesen? 50

Gewiss, Ehud Barak missbilligte die »Operation Schutzschild«: Sharon, so rügte er, hätte »härter« vorgehen sollen. Unterdessen wies Elie Wiesel, der wichtigste Vertreter der Holocaust-Industrie, die Kritik an den israelischen Gräueltaten als antisemitisch motiviert zurück und versicherte Israel seiner rückhaltlosen Unterstützung - »Israel hat lediglich reagiert ... Israel hat das einzig Mögliche getan ... Ich glaube nicht, dass Israel gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstößt. ... Der Krieg hat seine eigenen Gesetze« - und betonte anschließend, unter welch »großen Seelenqualen und Schmerzen« die israelischen Soldaten taten, was »sie tun müssen«. Einer dieser (laut Wiesel) vom Seelenschmerz gequälten israelischen Soldaten hatte in Jenin am Steuer eines Bulldozers gesessen und geprahlt, er habe »ihnen ein Fußballstadion zurückgelassen«. Später berichtete er in einem Interview: »Ich wollte alles vernichten. Ich habe die Offiziere angefleht ... mich einfach alles restlos niederreißen zu lassen, von oben bis unten. Alles dem Erdboden gleichmachen zu lassen. ... Drei Tage lang habe ich einfach zerstört und zerstört. ... Ich habe mich über jedes kaputte Haus gefreut, weil ich wusste, dass es ihnen nichts ausmacht zu sterben, aber dass sie an ihren Häusern hängen. Wenn man ein Haus abreißt, bringt man 40 oder 50 Leute über Generationen unter die Erde. Wenn mir etwas Leid tut, dann nur, dass ich nicht das ganze Lager abgerissen habe. ... Es war eine große Befriedigung. Es hat wirklich Spaß gemacht.« Ha'aretz berichtete, in Ramallah hätten israelische Besatzungstruppen im palästinensischen Kulturministerium »Kinderbilder zerstört« und überall im Gebäude »ihre Notdurft verrichtet«. Es sei ihnen sogar „gelungen, ihre Notdurft in einen Fotokopierer hinein zu verrichten“ - zweifellos unter »großen Seelenqualen und Schmerzen«. 51

Rückkehr zur Vertreibungspolitik

Der Oslo-Prozess hatte die Vorgabe, eine glaubwürdige palästinensische Führung zu finden, um die Realität der israelischen Apartheid zu bemänteln: einen Nelson Mandela, der die Rolle eines Häuptling Buthelezi spielen sollte.⁵² Camp David bedeutete das Aus für diese Strategie: Arafat weigerte sich - oder war auf Grund des Widerstandes in der Bevölkerung nicht in der Lage -, die ihm zugedachte Rolle zu spielen. Ohne die Legitimation durch eine solche palästinensische Fassade wird die israelische Apartheid in ihrem vollen Ausmaß deutlich und ist der gleichen vernichtenden Kritik ausgesetzt wie ihre südafrikanische Vorgängerin. »Wenn die Palästinenser schwarz wären, wären die Vereinigten Staaten die ersten, die Israel ächten und mit Wirtschaftssanktionen belegen würden«, schrieb die britische Zeitung Observer nach dem Ausbruch der neuen Intifada. »Man würde die israelische Erschließung und Besiedlung der Westbank als Apartheid-System betrachten, in dem die einheimische Bevölkerung in kleinen Ecken ihres eigenen Landes, in selbst ernannten Bantustans leben darf, und in dem die „Weißen“ die Wasser- und Stromversorgung allein kontrollieren. Und wie die schwarze Bevölkerung in Südafrika innerhalb der Gebiete der Weißen in himmelschreiend unterversorgten Townships leben durfte, so würde man erkennen, dass Israels Umgang mit den israelischen Arabern — die bei der Wohnungsversorgung, Erziehung und Bildung schamlos diskriminiert werden — ebenso skandalös ist.« Bekannte Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum, von Präsident Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bis hin zu dem südafrikanischen Erzbischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu, haben seither in der Öffentlichkeit ähnlich verurteilende Kritik geäußert. »Mein Besuch im Heiligen Land hat mich tief erschüttert«, sagte Tutu. »Es hat mich so stark an das erinnert, was mit uns Schwarzen in Südafrika geschehen ist. Ich habe die Demütigung der Palästinenser an den Kontrollpunkten und den Straßenblockaden erlebt - sie litten wie wir, als junge weiße Polizisten uns daran hinderten, uns von einem Ort zum andern zu bewegen.«⁵³

Nun, da die Apartheid für Israel keine tragfähige Alternative mehr darstellt, könnte paradoxerweise Vertreibung durchaus wieder in Frage kommen. Israel hatte sich für die Apartheid-Strategie entschieden, nachdem Neuerungen im Völkerrecht und ein Wandel der öffentlichen Meinung ethnische Vertreibungen unmöglich gemacht hatten. Freilich haben sich die juristischen und moralischen Vorbehalte in jüngster Zeit massiv verringert. Insbesondere seit dem 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten vollständig aufgehört, das Völkerrecht zu respektieren, und es recht wirkungsvoll für null und nichtig erklärt. Im Gegensatz zu der Verwüstung des Irak 1991 griffen die Vereinigten Staaten Afghanistan ohne das offizielle Einverständnis der Vereinten Nationen an - nicht, weil sie es nicht bekommen hätten, sondern weil man zeigen wollte, dass es auch ohne ging. Früher bedienten sich die Vereinigten Staaten geheimer Operationen und legitimierender Fassaden, etwa der Contras in Nicaragua, um unbequeme Regierungen in anderen Ländern zu stürzen. Heute wird dreist über »Regimewechsel« gesprochen. Und als die Regierung Bush ihre Doktrin der Präventivschläge verkündete, versetzte sie damit dem Artikel 51 der UNO-Charta, der einen bewaffneten Angriff nur im Falle einer unmittelbaren Bedrohung erlaubt, den »Todesstoß«.⁵⁴

Mit der entscheidenden Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten ist Israel nun ebenfalls in der Lage, sich gänzlich über internationale Konventionen hinwegzusetzen, wie der despektierliche und demütigende Umgang mit der UNO-Mission zur Ermittlung der tatsächlichen Ereignisse in Jenin und das Zerreißen des Oslo-Abkommens durch die erneute Besetzung der unter palästinensischer Verwaltung stehenden Gebiete der Westbank zeigt.

Einflussreiche israelische Politiker und sogar der Papst der »neuen Historiker« Israels, Benny Morriss 55, denken offen über eine Vertreibung nach. Morris, der sich für den Fall eines Krieges öffentlich für eine Vertreibung der Palästinenser - »ein krankes, psychotisches Volk« - aussprach, schimpfte weiter: »Dieses Land ist so klein, dass keine zwei Völker darin Platz haben. In fünfzig oder hundert Jahren wird nur noch ein einziger Staat zwischen dem Meer und dem Jordan liegen, und dieser Staat muss Israel sein.« Einer jüngsten Erhebung des israelischen *Jaffee Center for Strategic Studies* zufolge befürwortet nahezu die Hälfte der Israelis die Vertreibung der in der Westbank und im Gazastreifen lebenden Palästinenser und fast ein Drittel die Vertreibung der israelischen Palästinenser (drei Fünftel sprachen sich dafür aus, die israelischen Palästinenser zum Gehen zu »ermutigen«). 56

Es gibt noch einen weiteren Grund zur Besorgnis. Im Laufe ihrer Geschichte hat die zionistische Bewegung stets gegen schier unüberwindbare Widerstände gekämpft. Der Sieg schien immer unerreichbar. »Der Staat Israel verdankt seine Existenz«, schreibt Yael Zerubavel, »ebenjenem Ethos, das die Verpflichtung gegenüber einer Ideologie über die realistischen Erwartungen hinaus steigert.« Tatsächlich wurde Israel jedes Mal im entscheidenden Augenblick wie durch ein »Wunder« - in der zionistischen Geschichtsschreibung taucht dieses Wort immer wieder auf - gerettet: das »Wunder«

der Balfour-Erklärung (Ben-Gurion); das »Wunder« der Teilungsresolution (Chaim Weizmann); die »wunderbare Erleichterung von Israels Aufgaben« im Krieg von 1948 (Weizmann über die Flucht der Araber); das »Wunder« des Junikriegs 1967; das „Wunder“ der sowjetischen Juden. Bei gründlicher Lektüre der vorliegenden Dokumente stellt man jedoch fest, dass sich hier nicht wirklich Wunder ereignet haben. Vielmehr haben die Zionisten durch den bestmöglichen Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden menschlichen und materiellen Ressourcen jedes Mal das meiste aus einer kleinen historischen Chance - den »Zeiten des Umbruchs« - gemacht. Der 11. September könnte sich durchaus als eine weitere solche Chance erweisen. Die Welt hat den Vereinigten Staaten eine Art Aufschub gewährt - oder war dazu genötigt, es zu tun -, in der diese ganz offen wie ein gesetzloser Staat handeln können. Das bietet Israel eine zeitlich begrenzte Möglichkeit, die Palästinafrage ein für alle Mal zu lösen: Es ist ein »Wunder«, das darauf wartet, zu geschehen. Einmal abgesehen von einem vollständigen Rückzug hat Israel nur die Wahl, mit den Terroranschlägen zu leben oder die Palästinenser zu vertreiben. Allerdings ist es schwer vorstellbar, dass sich Israel bis in alle Ewigkeit mit den Anschlägen abfinden wird. Zudem könnte deren Erbarmungslosigkeit die nachfolgende internationale Kritik an einer Vertreibung dämpfen. 57

Sollte Israel den Versuch einer Vertreibung wagen, so könnte es dabei vermutlich auf die Unterstützung einflussreicher amerikanischer Kreise zählen. Tom DeLay, Fraktions-Vorsitzender der Republikaner im amerikanischen Repräsentantenhaus, und Dick Armey, Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, initiierten gemeinsam eine Resolution, in der Israels Anspruch auf ganz »Judäa und Samaria« anerkannt wird. Darüber hinaus erklärte Armey ausdrücklich: »Die derzeit in der Westbank lebenden Palästinenser sollten von dort verschwinden.« Senator James M. Inhofe aus Oklahoma verkündete, »der wichtigste Grund«, weshalb die Vereinigten Staaten Israel unterstützen sollten, sei, dass »Gott es so gewollt hat.

Schlagen Sie im Buch Genesis nach. ... Im Buch Genesis 13, 14-17. ... Das ist kein politischer Kampf. Hier geht es darum, ob Gottes Wort wahr ist oder nicht.« Wendet man sich den amerikanischen Juden zu, so bietet sich ein noch trostloseres Bild. Nathan Lewin, ein angesehenener Washingtoner Anwalt und jüdischer Gemeindevorsteher, forderte die Hinrichtung von Familienmitgliedern palästinensischer Selbstmordattentäter. Alan Dershowitz, prominenter Professor der juristischen Fakultät der Universität Harvard, und Abraham Foxman, Chef der jüdischen Interessengemeinschaft *Anti-Defamation-League*, wandten sich gegen die Kritik an Lewins Vorschlag und nannten ihn einen »legitimen Versuch, eine Politik

zur Beendigung des Terrorismus zu entwickeln«. Dershowitz selbst empfahl in einer Art »Lidice-Strategie« eine »neue Antwort auf den palästinensischen Terror«: die »automatische Zerstörung« eines palästinensischen Dorfes nach jedem Terroranschlag (sowie die Legalisierung der Folter mutmaßlicher Terroristen). Aber Dershowitz' Vorschlag ist nichts Neues. Israel bediente sich bereits Anfang der 50er Jahre dieser Strategie mörderischer Vergeltungsmaßnahmen. Amerikanische Zeitungen hatten ein 1953 von Ariel Sharon in dem Dorf Qibya verübtes Massaker, bei dem etwa 70 Dorfbewohner getötet wurden (vorwiegend Frauen und Kinder), mit Lidice verglichen. ⁵⁸

Zwischenzeitlich ist Joan Peters' kolossales Schwindel-Buch *From Time Immemorial* im Februar 2001 in einer Neuauflage erschienen. Amerikanisch-jüdische Organisationen und Zeitschriften rührten die Werbetrommel für das Buch, in dem behauptet wird, Palästina sei vor der zionistischen Besiedlung ein unbevölkertes Land gewesen ⁵⁹, und es schoss sofort an die Spitze der Amazon-Verkaufsranliste. Nachdem ihr Betrug aufgedeckt werden war, war Peters von der Bildfläche verschwunden; doch nun sind ihre »Vorträge wieder sehr gefragt«, und sie bekommt (nach eigener Aussage) »eine erstaunlich wunderbare, überwältigend positive Reaktion vom Publikum«, Derzeit ist ein Dokumentarfilm nach der Vorlage von *From Time Immemorial* in Planung. Unschlagbare Ironie: Der Film trägt den Titel »Der Mythos«. ⁶⁰ Die Unterstützung der Zionisten für Peters' absurde Behauptung ist übrigens ein indirektes Eingeständnis, dass das zionistische Projekt moralisch nicht vertretbar gewesen wäre, wenn Palästina besiedelt gewesen wäre (was es ganz klar war).

Der angesehene israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld behauptet, Sharon »hatte schon immer einen sehr klaren Plan - und zwar keinen geringeren, als Israel von den Palästinensern zu befreien«. Er nennt zwei mögliche Vorwände für eine Vertreibung:

1. Die Ablenkung durch eine weltweite Krise, etwa einen »Angriff der Amerikaner auf den Irak«. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Benjamin Netanyahu die israelische Regierung 1989 drängte, politisch günstige Umstände, unter denen der »Schaden für Israel relativ gering gewesen wäre«, wie das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, für „groß angelegte“ Vertreibungen zu nutzen. 2. Ein spektakulärer Terroranschlag, bei dem »Hunderte von Menschen ums Leben kämen«. Abgesehen von der leider großen Wahrscheinlichkeit, dass die Palästinenser tatsächlich eine solche Gräueltat begehen könnten, lässt sich - nach den bisherigen historischen Ereignissen zu urteilen - offensichtlich nicht völlig ausschließen, dass Sharon dies provozieren könnte. Obwohl »so mancher glaubt, die internationale Gemeinschaft würde eine solche ethnische Säuberung nicht zulassen«, kommt van Creveld zu dem überzeugenden Schluss: »Ich würde mich nicht darauf verlassen. Wenn sich Sharon zum Handeln entschließt, können ihn nur die Vereinigten Staaten aufhalten. Aber die Vereinigten Staaten wähen sich im Krieg mit den Teilen der muslimischen Welt, die Osama bin Laden unterstützt haben. Amerika dürfte vermutlich nichts dagegen einzuwenden haben, dass jener Welt eine Lektion erteilt wird.« ⁶¹ Am meisten Angst haben die Vereinigten Staaten davor, dass die Vertreibung eine Reaktion in der arabischen Öffentlichkeit auslösen und die von Amerika abhängigen Regierungen stürzen könnte. Aber die amerikanische Führungsschicht hatte schon zweimal zuvor - vor den Angriffen auf den Irak und auf Afghanistan - ähnliche Befürchtungen gehegt. In beiden Fällen erwiesen sie sich als unbegründet. Die Regierung Bush könnte also noch einmal ihr Glück versuchen in der Hoffnung, dass die arabische Öffentlichkeit ein Schreckgespenst ist.

Eine Frage aber bleibt: Was müsste geschehen, damit sich Israel vollständig aus den besetzten Gebieten zurückzöge und diese drohende Katastrophe abgewendet würde? »Grundsätzlich neigen die Politik und die Menschen in Israel dazu«, stellt der aufmerksame israelische Schriftsteller Boas Evron fest, »Probleme mit Gewalt zu lösen und Gewalt für das A und O zu

halten, statt diplomatischen und politischen Lösungen eine Chance zu geben«, und die Grenzen zu den benachbarten arabischen Staaten »lediglich als Ausdruck bestehender Machtverhältnisse« zu sehen. Ähnlich argumentiert Zeev Sternhell, es sei ein zionistischer Grundsatz, »einen Standpunkt oder ein Gebiet nur dann aufzugeben, wenn man von einer überlegenen Macht dazu gezwungen wird«. Dabei sollte man auch das, wie van Creveld es nennt, »einzigartige Ansehen«, das Militär und Kampf in der israelischen Gesellschaft genießen, nicht außer Acht lassen: »Das lässt sich, wenn überhaupt, nur mit der Stellung der Streitkräfte in Deutschland zwischen 1871 und 1945 vergleichen.« (»Als >Kämpfer< bezeichnet zu werden, war das größte Kompliment, das man bekommen konnte« und »das höchste Lob, das man aussprechen konnte, war zu sagen, etwas laufe ab >wie eine

militärische Operation«.)⁶² Die logische Schlussfolgerung daraus ist: Israel wird sich nur dann aus den besetzten Gebieten zurückziehen, wenn es den Palästinensern (und denen, die sie unterstützen) gelingt, genügend Stärke zu zeigen, so dass sich die Kosten-Nutzen-Rechnung für Israel verschiebt, also der Preis für die Besetzung zu hoch wird. Die Geschichte stützt diese Vermutung. Israel hat sich dreimal aus besetzten Gebieten zurückgezogen: 1957 nach Eisenhowers Ultimatum aus dem ägyptischen Sinai, nach dem unerwartet eindrucksvollen militärischen Auftreten Ägyptens im Oktoberkrieg 1973 aus dem Sinai; und 1985 und 2000 aus dem Libanon, wegen der durch die libanesischen Widerstandskämpfer zugefügten hohen Verluste. Zudem hatte die israelische Führungsschicht offenbar zu Beginn der ersten Intifada (1987-1989) auf Grund des großen Schadens, den Israel im eigenen Land und international durch den Aufstand der Palästinenser erlitt, ernsthaft über einen Rückzug nachgedacht.

Wie es aussieht, ist weder ein konventioneller Krieg noch ein Guerillakrieg eine realistische Alternative für die Palästinenser. Der Terrorismus dürfte - abgesehen davon, das er moralisch verwerflich¹ ist (wenngleich diese Entwicklung wenig verwunderlich ist) – bei Israel wohl kaum etwas ausrichten. Die israelische Führungsschicht akzeptiert zivile Opfer als bedauerlichen, aber unumgänglichen Preis für die Macht. Sie horcht erst dann auf, wenn das israelische Militär Verluste erleidet oder seine Abschreckungswirkung untergraben wird. Man beachte hierzu, wie Sternhell die Wirkung der neuen Intifada auf Israel einschätzt:

Im vergangenen Jahr gab es sehr viel mehr zivile israelische Opfer als getötete oder verletzte Soldaten. Im Grunde führt die Armee einen Luxuskrieg: Sie bombardiert und beschießt wehrlose Städte und Dörfer, und das ist sowohl für die Armee als auch die Siedler angenehm. Sie wissen sehr wohl: Wenn die Armee Verluste in der gleichen Größenordnung wie im Libanon hinnehmen müsste, wären wir dabei, uns aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Den Tod von Zivilisten, die inmitten unserer Städte erschossen werden oder den Angriffen fanatisierter Selbstmordattentäter zum Opfer fallen, sogar die Ausrottung ganzer Familien

halten wir für Schicksalsschläge oder eine Art von Naturereignis. Der Tod von Soldaten wirft jedoch sofort kritische Fragen auf: Was sind die Ziele des Krieges? Wofür geben die Soldaten ihr Leben hin? Wer hat sie in den Tod geschickt? Solange die Wehrpflichtigen keinen zu hohen Preis bezahlen, solange nicht zu viele Reservisten zum Schutz und zur Verteidigung der besetzten Gebiete einberufen werden müssen, bestimmt die Frage nach dem »Warum« nicht die nationale Tagesordnung.⁶³

Zahlreiche historische Beispiele - von der wahllosen Bombardierung Deutschlands durch die Alliierten bis hin zur wahllosen Bombardierung Vietnams durch die Vereinigten Staaten - legen den Schluss nahe, dass die israelische Zivilbevölkerung dem Terrorismus kaum

nachgeben wird. Der jüdische Terrorismus war zweifellos der Auslöser für die Entscheidung Großbritanniens, sich 1947 aus dem Palästina-Mandat zurückzuziehen. Der ausschlaggebende Grund aber war die Überschuldung Großbritanniens nach dem Krieg. 64

In vielerlei Hinsicht weist die augenblickliche Hinwendung der Palästinenser zum Terrorismus eine verblüffende Ähnlichkeit zur Terrorkampagne der Zionisten gegen die britischen Besatzer nach dem Zweiten Weltkrieg auf, Ben-Gurion und die von ihm geleitete *Jewish Agency* (s. S. 86) distanzierten sich zwar offiziell vom anti-britischen Terrorismus, unterstützten die Briten aber weder bei der Ergreifung mutmaßlicher Terroristen noch forderten sie die jüdische Bevölkerungsgruppe dazu auf, sich an das Gesetz zu halten. Einerseits behauptete Ben-Gurion, er könne die Durchsetzung einer ungerechten Besetzung aus Prinzip nicht unterstützen. »Ohne die begangenen Taten im mindesten billigen zu wollen«, schrieb er an die britischen Amtsträger, »ist die [zionistische] Exekutive der Ansicht, dass die derzeit von der Mandatsregierung verfolgte Politik ... in erster Linie für die augenblickliche tragische Situation in Palästina verantwortlich ist. Die Exekutive kann nicht gutheißen, dass man

von ihr verlangt, die unerfreuliche Aufgabe zu übernehmen, bei der Durchsetzung dieser Politik zu helfen.« Andererseits berief sich Ben-Gurion darauf, dass er die Kontrolle über die jüdische Bevölkerung, die eine Besetzung nicht länger dulden wolle, verloren habe. Ein britischer Lagebericht kam damals zu dem Schluss, dass die führenden Zionisten den jüdischen Terrorismus zwar geschürt hätten, nun aber nicht mehr in der Lage seien, ihm Einhalt zu gebieten:

»Mit ihrer ständigen Propaganda gegen die Briten und die Regierung haben sie den *Yishuv* [die jüdische Bevölkerungsgruppe in Palästina] aufgehetzt und die jungen jüdischen Männer und Frauen derart aufgebracht, dass terroristische Organisationen sowohl durch neue Mitglieder als auch durch öffentliche Sympathie neuen Schwung erhalten. Die *Jewish Agency* sieht sich nun nicht mehr in der Lage, sich zurückzuziehen, ohne ihren Einfluss auf die jüdische Bevölkerungsgruppe zu verlieren, und ist dazu gezwungen, dem Terrorismus immer mehr Raum zu geben. Das Ausmaß ihrer Zusammenarbeit mit den terroristischen Organisationen ist nicht gänzlich bekannt... Es gibt jedoch einige Hinweise darauf, dass sie über die meisten bisherigen Vorfälle vorab informiert war.« Spätere Enthüllungen bestätigten diese Zusammenarbeit. So verurteilte die *Jewish Agency* beispielsweise öffentlich den Terroranschlag auf das King David Hotel, bei dem ungefähr 90 Menschen getötet wurden, obwohl sie vorab die Wahl des Hotels als Terrorziel gebilligt hatte. Die offizielle Verurteilung des Anschlags durch die Zionisten »enthielt mehr als nur eine Spur von Heuchelei und Opportunismus«, wie ein Historiker schrieb.

»Der Versuch - und das tatsächliche Bemühen -, beides zu bekommen«, sagte ein wohlwollender britischer Abgeordneter der Labour-Partei vor Ort, »nämlich als loyaler Partner der Mandatsmacht konstitutionelle Rechte für die *Jewish Agency* zu beanspruchen und gleichzeitig Sabotage und Vxäderstand gegen die Regierung zu organisieren, war unannehmbar.« Während Ben-Gurion versuchte, »sich als Vorsitzender der *Jewish Agency* an den Buchstaben des Gesetzes zu halten«, indem er den Terrorismus offiziell verurteilte, »tolerierte er zugleich den Terror als eine Möglichkeit, Druck auf die Regierung auszuüben«. Laut Aussage dieses britischen Abgeordneten gab es noch einen weiteren Grund, warum die Zionistenführer die tödlichen Anschläge duldeten. Der jüdische Terrorismus »gewinnt die Unterstützung der Bevölkerung«, und »durch und durch anständige Juden in Palästina können sich ihrer Bewunderung für die Terroristen nicht erwehren und helfen ihnen sogar, wenn sie

in ihren Häusern Zuflucht suchen«. Ben-Gurion und die *Jewish Agency* mussten den »Terrorismus stillschweigend dulden«, wenn sie »ein Umschlagen der öffentlichen Meinung« zu Gunsten extremistischer zionistischer Parteien und zu ihrem eigenen Nachteil verhindern wollten. Die einzige Möglichkeit, den jüdischen Terrorismus zu bekämpfen, schloss der britische Abgeordnete, bestünde darin, »den berechtigten Groll eines jeden Juden in Palästina zu beseitigen« und »die historischen Ursachen für die Entstehung dieses schrecklichen Phänomens bei einem anständigen Volk objektiv darzustellen«. Wenn die Briten dazu bereit wären, könnten sie »bei der Bekämpfung des Terrorismus auf die Unterstützung der gemäßigten Bevölkerungsgruppen zählen, und ich glaube, der Großteil der Bevölkerung würde sich gegen die Extremisten wenden«. Sollten die Briten freilich die Gründe ignorieren, aus denen die Juden die Terroristen unterstützten, und schlicht und einfach verlangen, »dass die *Jewish Agency* durch eine andere Organisation ersetzt« und der jüdische Widerstand entwaffnet wird, würde man dadurch »lediglich die fanatische Unterstützung der Juden für die Extremisten provozieren. 66

Als die Briten als Vergeltung für zahlreiche zionistische Terroranschläge das Kriegsrecht ausriefen (»Die Verbrechen der Nazis hätten nicht weiter gehen können«, sollte die gesetzte Londoner Zeitung Times später schreiben), verurteilte Ben-Gurion die drakonischen Maßnahmen leidenschaftlich. Es handle sich nicht nur um eine kollektive Bestrafung des jüdischen Volkes, sondern behindere letztendlich gleichzeitig den Kampf gegen den Terrorismus. Seine vernichtende Kritik verdient ein ausführliches Zitat, und sei es nur wegen der Anklänge an die aktuelle Situation:

Zweihundertfünfzigtausend Juden in Tel Aviv und seinen Vororten, Herz des gesellschaftlichen und industriellen Lebens des Landes, und dreißigtausend Juden in Jerusalem, zumeist in den Arbeitervierteln, sind von jeglichem normalen Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten. Sie stehen, abgesehen von der Versorgung mit Nahrungsmitteln und einer medizinischen Mindestversorgung, vor dem völligen Zusammenbruch eines normalen zivilisierten Lebens. Industrie und Handel sind gelähmt, die Arbeitslosigkeit droht, katastrophale Ausmaße anzunehmen. Industrielle Rohstoffe gelangen nicht ins Land, bereits auf Halde liegende fertige Waren können nicht außerhalb des Landes vermarktet werden. Arbeiter sind von ihren Arbeitsplätzen, Kinder von den Schulen abgeschnitten. Auf die Terroristen haben diese Einschränkungen keinerlei Auswirkung, und auch ihre Verbrechen haben nicht aufgehört. Vielmehr haben diese Maßnahmen den Zorn einer gebeutelten Bevölkerung geschürt, fruchtbaren Boden für terroristische Propaganda bereitet und den Versuch der Gemeinschaft vereitelt, selbst gegen den Terrorismus vorzugehen. Das Kriegsrecht auszurufen ist ganz und gar vergeblich und sinnlos - es sei denn, man will auf diese Weise tatsächlich die Bevölkerung als Ganzes bestrafen, ihre Wirtschaft zugrunde richten und das Fundament der jüdischen nationalen Heimat zerstören. 67

Man sollte aber auch nicht vergessen, dass bei den jüdischen Terroranschlägen (knapp zwanzig monatlich) zwar Hunderte von Briten getötet und verletzt wurden, die Briten aber »niemals absichtlich in die Menge schossen« und »niemals ein groß angelegtes Massaker an den Juden veranstalteten und auch nicht ganze jüdische Siedlungen in die Luft sprengten«. Der Grund für die relative Zurückhaltung der Briten war laut van Creveld, dass »die Briten die Juden als „halb-europäische“ Rasse respektierten«. Im Gegensatz dazu erleiden die Palästinenser durch Israel das tödliche Schicksal von Nicht-Europäern. 68

In der augenblicklichen Krise dürfte eine gewaltlose Revolte der palästinensischen Bürger, welche die aus der ersten Intifada gewonnenen Erkenntnisse kreativ nutzt und mit internationalem – ganz besonders amerikanischem - Druck einhergeht, am ehesten Hoffnung

versprechen. Sie könnte die israelische Armee behindern und neutralisieren. Während der ersten Intifada hatte Israel sehr große Sorge, der Versuch, einer Zivilbevölkerung gewaltsam Herr zu werden, könnte die Streitkräfte demoralisieren, sie ihren Elan kosten, und die Vorbereitung auf und Wahrnehmung von »polizeiähnlichen Aufgaben« könnte dazu führen, dass sie nicht mehr in der Lage wären, einen »*echten Krieg*« zu führen (Hervorhebung im Original).⁶⁹ Es gibt bereits eine gewisse Unterstützung für eine solche Strategie des zivilen Ungehorsams unter den Palästinensern.⁷⁰ Sollte es einer palästinensischen Führung gelingen, diesen Personenkreis erfolgreich hinter sich zu bringen, gibt es Grund zu der Hoffnung, dass seine Botschaft bei vielen Israelis Gehör fände. Die Bewegung der *Refuseniks*, die den Kriegsdienst in den besetzten Gebieten verweigern, hat eine landesweite Diskussion ausgelöst, und trotz der massiven Unterstützung für Sharons brutale Unterdrückungspolitik befürworten ungefähr ebenso viele Israelis den Rückzug aus der Westbank und dem Gazastreifen.⁷¹

Die Vereinigten Staaten werden die Israelis nur dann zum vollständigen Abzug auffordern, wenn ihre eigenen lebenswichtigen Interessen bedroht sind oder der öffentliche Druck sie dazu zwingt. Ein solcher Druck könnte durchaus noch entstehen. In der amerikanischen Bevölkerung ist die Unterstützung für Israel deutlich zurückgegangen.⁷² An den amerikanischen Universitäten entsteht eine Protestbewegung vom Ausmaß der Anti-Apartheid-Bewegung.⁷³ Erzbischof Tutu, der dieser Kampagne moralisches Gewicht verleiht, forderte in einem dringenden Appell: »Der einfache Bürger muss sich dieser Herausforderung stellen, denn die Widerstände gegen die neue Bewegung werden nur noch von deren moralischer Dringlichkeit übertroffen.«⁷⁴ In Europa denkt man über eine Reihe von Maßnahmen, von einem Verbraucherboykott bis hin zu Waffenembargos, nach. Scharen beherzter internationaler Freiwilliger (darunter auch viele Juden) fahren in die besetzten Gebiete, um palästinensische Zivilisten vor Angriffen zu schützen und israelische Gräueltaten publik zu machen. Apologeten Israels wie Elie Wiesel sehen in diesen Initiativen den Beweis für ein Wiedererstarken des Antisemitismus. Der angesehene israelische Wissenschaftler Uriel Tal hatte schon nach dem Einmarsch Israels im Libanon 1982 ähnliche Behauptungen entkräftet: »Die bitteren Klagen, der Antisemitismus erhebe auf der ganzen Welt wieder sein hässliches Haupt, sollen darüber hinwegtäuschen, dass nicht die Position des Judentums, sondern die Israels ins Wanken geraten ist. Die Antisemitismus-Vorwürfe dienen lediglich dazu, die israelische Öffentlichkeit aufzuheizen, Hass und Fanatismus zu schüren, und die paranoide Besessenheit zu pflegen, die ganze Welt sei hinter uns her, alle anderen Völker der Welt seien verdorben und nur wir makellos und unbefleckt.« Natürlich wird auch die Position des internationalen Judentums wanken, wenn es sich nicht öffentlich von den Verbrechen Israels distanziert. In seiner leidenschaftlichen Kritik, die derzeitige israelische Politik würde »den Davidstern mit Blut beflecken«, klagte ein ehemaliger britischer Abgeordneter der Labour-Partei und prominenter jüdischer Parlamentarier, »das jüdische Volk wird nun weltweit von dem polternden Tyrannen Ariel Sharon vertreten, einem Kriegsverbrecher, der in Sabra-Shatila an der Ermordung von Palästinensern beteiligt war und nun erneut in das Töten vom Palästinensern verwickelt ist.«⁷⁵

»Wenn die Apartheid ein Ende gefunden hat, kann auch die Besatzung enden«, schließt Tutu, »aber dazu müssen die moralische Entrüstung und der internationale Druck ebenso entschlossen sein.« Bei dieser Kampagne können - und sollten - ganz gewöhnliche deutsche Bürger eine führende Rolle spielen. Wie immer besteht die Herausforderung darin, überall mit dem gleichen moralischen Maß zu messen. Allen, die sich dem Erbe und Auftrag des Nazi-Holocaust wirklich verpflichtet fühlen, sollte das klare Gebot gelten: Nie wieder - gegen *niemanden*.

»Inzwischen erwache ich jeden Morgen am Ufer des Mittelmeers in Beirut mit einem starken Gefühl der Besorgnis«, sinnierte der gut informierte Nahostkorrespondent Robert Fisk im Jahre 2001, »Ein Feuersturm braut sich zusammen, und wir ignorieren unbekümmert sein Herannahen - ja, wir fordern ihn sogar noch heraus.« Die Vertreibung der Palästinenser ist nicht nur moralisch verabscheuenswert, sie kann auch in der arabischen Welt eine Kettenreaktion auslösen, gegen die sich der 11. September wie ein Kaffeekränzchen ausnimmt. Aber noch liegt es in unserer Macht, in diesen angespannten Zeiten unser Schicksal in die Hand zu nehmen und einen gerechten und dauerhaften Frieden für Israel und Palästina zu schaffen.

NewYork City, Juli 2002

Norman G. Finkelstein

Anmerkungen

1. Siehe S. 7-12, Im Folgenden wird bei Verweisen auf Stellen im vorliegenden Buch der Kurztitel Konflikt genannt, Der geplante Judenstaat sah die Duldung einer arabischen Minderheit von nicht mehr als 15 Prozent vor (Simha Flapan, *The Birth of Israel*, NewYork 1987, S. 104)
2. Zu den politischen Auswirkungen der Abhängigkeit der zionistischen Bewegung von Großbritannien siehe Konflikt, S. 59-66. Eine äußerst erhellende Studie zur Balfour-Erklärung schrieb Isaiah Friedman, *The Question of Palestine*, New Brunswick 1992.
3. Siehe Konflikt, Kapitel 2.
4. Zeev Stemhell, *The Founding Myths of Israel*, Princeton 1998, S. 43-44; Benny Morris, *Righteous Victims*, NewYork 1999, S. 91 (Shertok); Simha Flapan, *Zionism and the Palestinians*, London 1979, S. 143 (Ben—Gurion), Weitere Informationen und Ausführungen zum Thema siehe Konflikt, S. 185-203.
5. Walter Laqueur, *A History of Zionism*, NewYork 1976, S. 597 (bezüglich einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema siehe Konflikt, S. 336, Fußnote 13); Benny Morris, »Revisiting the Palestinian exodus of 1948«, in Eugene L. Rogan und Avi Shlaim (Hg.), *The War for Palestine*, Cambridge 2001, S. 39-40.
6. Yehoshua Porath, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement, 1918-1929*, London 1974, S.147 (Kongress); Tom Segev, *One Palestine, Complete*, NewYork 2001, S. 404-405; vgl. S. 403, 406-407, 508; Morris, »Revisiting the Palestinian Exodus, S. 42 (Ben-Gurion); zur Wahl des richtigen Zeitpunkts siehe auch Shabtei Teveth, *Ben-Gurion and the Palestinian Arabs*, Oxford 1985, S. 35. Weitere Informationen und Ausführungen zu den zionistischen Vertreibungsplänen siehe Konflikt; S. 59, 192-193, und besonders Morris, *Righteous Victims*, S. 139-144, 168-169.
7. Morris, *Righteous Victims*, S. 37; Porath, *Emergence*, S, 59, 62.
8. Neville J. Mandel, *The Arabs and Zionism before World War I*, Berkeley 1976, S. 40; Yehoshua Porath, *The Palestinian National Movement: From Riots to Rebellion*, London 1970, S. 91-92, 165-166, 297,
9. Siehe Konflikt, Kapitel 4.

10. Yosef Gorny, *Zionism and the Arabs, 1882-1948*, Oxford 1987, S. 176; zu einer detaillierten Analyse der Gorny-Studie siehe *Konflikt*, Kapitel 1; Teveth, Ben-Gurion, S. 155.
11. Uri Ben-Eliezer, *The Making of Israeli Militarism*, Bloomington 1998, S. 89 (»Verbindung«) (vgl. S. 62); Martin Gilbert, *Israel: A History*, New York 1998, S. 312 (Dayan). Weitere Ausführungen zum Thema siehe *Konflikt*, S. 196-197.
12. David Ben-Gurion, *My Talks with Arab Leaders*, New York 1973, S. 3. (Zu Ben-Gurions nicht-öffentlichem Eingeständnis der wahren Hintergründe der arabischen Angriffe siehe *Konflikt*, S. 199, 203.) Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, 5. Aufl., München 2001 (im Folgenden zitiert als *Holocaust-Industrie*), S. 60-62, 69-70.
13. Segev, *One Palestine*, S. 182.
14. Saul Friedlander, *Nazi Germany and the Jews*, Bd. 1, New York 1997, S. 219. Zu weiteren Umsiedlungsplänen, siehe Michael J. Cohen, *Churchill and the Jews*, London: 1985, S. 236, 249-251, und Philippe Burrin, *Hitler and the Jews*, New York 1989, S. 59-61.
15. Zu Bevölkerungstransfers in der Zeit zwischen den Weltkriegen und der Nachkriegszeit siehe Joseph B. Schechtman, *European Population Transfers, 1939-1945*, New York 1946, und *Postwar Population Transfers in Europe, 1945-1955*, Philadelphia 1962; Alfred M. de Zayas, *Nemesis at Potsdam*, London 1977; Andrew Bell-Fialkoff, *Ethnic Cleansing*, New York, 1996; Norman M. Naimark, *Fires of Hatred*, Cambridge 2001; Segev, *One Palestine*, S. 406-407 (Jabotinsky) (siehe auch Gorny, *Zionism*, S. 270-271). Siehe *Konflikt*, S. 192 zu den „positiven Erfahrungen“; Nur Masalha, *Expulsion of the Palestinians*, Washington 1992, S. 157-161 (Labour-Partei); Bertrand Russell, »The Role of the Jewish State in Helping to Create a Better World« (1943), Nachdruck in *Zionism* (1981).
16. Sasson Sofer, *Zionism and the Foundations of Israeli Diplomacy*, Cambridge 1998, S. 367 (»gesellschaftliche Ordnung«); Richard Crossman, *Palestine Mission*, London 1947, S. 33, 152, 167; Kenneth Ray Bain, *The March to Zion*, London 1979, S. 35 (Wallace) (siehe S. 34-36 zur amerikanischen Identifikation der zionistischen Besiedlung mit dem amerikanischen Westen). Bezüglich eines detaillierten Vergleichs zwischen den zionistischen und amerikanischen Eroberungen, siehe *Konflikt*, S. 170-184, und besonders Norman G. Finkelstein, *The Rise and Fall of Palestine*, Minnesota 1996, S. 104-121 (im Folgenden zitiert als *Rise and Fall*).
17. Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945*. Hrsg. von Walter Nowojski, unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. 2. Auflage, Berlin 1995. Bd. 1, S. 65.
18. Siehe *Konflikt*, Kapitel 3; für weitere Argumente zu der in diesem Kapitel vertretenen These siehe Laila Parsons, »The Druze and the Birth of Israel«, in Rogan/Shlaim, *War*, Kapitel 3, und Ben-Eliezer, *Making*, S. 170-181. Zu der kürzlich von gemäßigten Israelis gezogenen Parallele zur serbischen Vertreibung siehe Finkelstein, *Holocaust-Industrie*, S. 78.
19. Sternhell, *Founding Myths*, S. 173 (Katznelson; zu Katznelsons faktischer Zustimmung zu einer Zwangsumsiedlung siehe S. 176). Theodore Roosevelt, *The Winning of the West*, New York 1889, Bd. 4, S. 54,

20. William Roger Louis, *The British Empire in the Middle East, 1945-1951*, Oxford 1984, S. 117, 448, 614; Michael J. Cohen, *Palestine and the Great Powers, 1945-1948*, Princeton 1982, S. 197-198, 201.
21. Siehe Konflikt, S. 49-51, 57-58, 190-193; Teveth, Ben-Gurion, S. 101 (vgl. S. 129, 187-190). Eine Fülle von Beweisen dafür, dass die zionistische Führung auch ohne den arabischen Angriff niemals beabsichtigt hatte, die Teilungsresolution von 1947 zu respektieren, findet sich bei Ben-Eliezer, *Making*, S. 144, 150-151.
22. Zum Junikrieg siehe Konflikt, Kapitel 5.
23. Zu den territorialen Bestrebungen der Zionisten nach 1948 siehe Konflikt, S. 252; Martin Gilbert, *Israel: A History*, New York 1998, S. 393; Michael Oren, *Six Days of War*, Oxford 2002, S. 312. Sternhell, *Founding*, S. 330.
24. Yosef Weitz, in der Zeit der Vertreibung 1948 ein einflussreicher zionistischer Amtsträger, sprach nach den Eroberungen des Junikriegs die bekannte Warnung aus, man müsse den jüdischen Charakter Israels bewahren und die »nicht-jüdische Minderheit auf 15 Prozent begrenzen (Nur Masalha, *A Land Without A People*, London 1997, S. 79).
25. M. Cherif Bassiouni, *Crimes Against Humanity in International Criminal Law*, Boston 1999, S. 312 (»unmissverständlich«), 322 (siehe S. 312-327 zur historischen Entwicklung des Völkerrechts hinsichtlich Deportation).
26. Siehe Konflikt, S. 253-258.
27. Siehe Konflikt, S. 366, Fußnote 63.
28. Siehe Konflikt, Kapitel 6.
29. Geoffrey Aronson, *Creating Facts*, Washington 1987, S. 14-16 (Allon-Plan); Sofer, *Zionism*, S. 385; *Holocaust-Industrie*, S. 58-59.
30. Siehe Konflikt, S. 258-260.
31. Zur Jarring-Mission siehe Konflikt, S. 263-266.
32. *Foreign Relations of the United States, 1964-1968*, Bd. XX, Washington 2001, S. 619, 634-635 (»bedeuteten«/»nicht aber«), 639 (»große Stücke«/«chancenlos«), 641, 654 (»inakzeptabel«), 655, 699.
33. Noam Chomsky, *The Fateful Triangle*, Boston 1983, S. 65-66. Zu den strategischen Gründen für den Kurswechsel in der US-Politik und deren Folgen für die amerikanischen Juden siehe Finkelstein, *Holocaust-Industrie*, Kapitel 1.
34. Eine ausführliche Aufstellung aller Vetos der Vereinigten Staaten im UNO-Sicherheitsrat und der gemeinsamer Gegenstimmen Israels und der Vereinigten Staaten in der UNO-Vollversammlung im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt findet sich bei Finkelstein, *Rise and Fall*, S. 53-57.
35. Uri Savir, *The Process*, New York 1998, S. 6.

36. Avner Yaniv, *Dilemmas of Security*, Oxford 1987, S. 20 (»Kompromiss«), 70 (»Friedensoffensive«). Weitere Informationen und Ausführungen zum Thema siehe Finkelstein, *Rise and Fall*, S. 44-45.
37. Bezüglich einer ausführlichen Dokumentation der israelischen Unterdrückungsmaßnahmen siehe Finkelstein, *Rise and Fall*, Kapitel 3.
38. Savir, *Process*, S. 5, 25. Zur britischen Herrschaft in Palästina, siehe Baruch Kimmerling und Joel S. Migdal, *Palestinians: The Making of a People*, Cambridge 1994, S. 86, 90-91, sowie Porath, *Emergence*, S. 202. Nach der brutalen Niederschlagung des Aufstandes in Indien 1857 führten die Briten in ihrem Weltreich als Erste eine indirekte Herrschaft ein. Victor Kiernans Kommentar zu dieser britischen Taktik könnte genauso gut als Motto über dem Oslo-Prozess stehen: »Herrscher, die zuvor als orientalische Tyrannen beschimpft worden waren, pries man nun als die geborenen Führer ihrer Völker. Dass ein Drittel des Landes unter der Herrschaft des Prinzen blieb, ließ sich als vordergründig bestechendes Zugeständnis an die Gefühle der Inder darstellen; und falls die Lebensbedingungen dort schlechter waren als in Britisch-Indien, was immer häufiger der Fall war, würde das die Nationalisten zum Nachdenken über die Folgen der Selbstbestimmung anregen« (*The Lords of Human Kind*, Boston 1969, S. 52).
39. Meron Benvenisti, *Intimate Enemies*, New York 1995, S. 218, 232; Savir; *Process*, S. 147. Eine detaillierte Analyse der Friedensverhandlungen von Oslo findet sich bei Norman G. Finkelstein, »Whither the „Peace Process“?« in *New Left Review* (Juli/August 1996). Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung nach dem Oslo-Abkommen gibt Nicholas Guyatt, *The Absence of Peace*, London 1998.
40. Mai 2002.
41. Daniel Williams, »Settlements Expanding Under Sharon«, in *Washington Post*, 31. Mai 2002. »UN expert says settlements, house demolitions are war crimes«, in *Haaretz*, 15. Juni 2002.
42. Amira Hass, »Donors are funding cantonization«, in *Haaretz*, 22. Mai 2002; Brian Whitaker, »UN to feed 500 000 needy Palestinians«, in *Guardian*, 22. Mai 2002; Karen DeYoung »Hezbollah Buildup in Lebanon Cited«, in *Washington Post*, 15. Juni 2002 (Arbeitslosigkeit); Thomas O'Dwyer, »Nothing Personal: Parts and Apartheid«, in *Haaretz* (24. Mai 2002) (»erschreckend«).
43. Siehe Norman G. Finkelstein, »Securing Occupation: The Meaning of the Wye River Memorandum«, in *New Left Review* (November/Dezember 1998), und besonders Mouin Rabbani, »A Smorgasbord of Failure«, in Roane Carey (Hg.), *The New Intifada*, Verso 2001, Kapitel 3.
44. Hussein Agha und Robert Malley; »Camp David: The Tragedy of Errors«, »Camp David and After: An Exchange - A Reply to Ehud Barak«, »Camp David and After - Continued: Robert Malley and Hussein Agha reply«, in *New York Review of Books*, 9. August 2001, 13. Juni 2002, 27. Juni 2002. (Das Malley-Zitat wurde dem zweiten Artikel entnommen.) David Clark, »The brilliant offer Israel never made«, in *Guardian* (10. April 2002) (britischer Diplomat).

45. Zum Text des saudischen Angebots siehe Guardian, 28. März 2002; zur Änderung hinsichtlich des „Rechts auf Rückkehr“, siehe Suzanne Goldenberg, »Arab leaders reach agreement by fudging refugee question«, in Guardian, 29. März 2002. Aviv Lavie, »So what if the Arabs want to make peace?« in Haaretz (5. April 2002). Einen aufschlussreichen Kommentar schrieb Uri Avnery, »How to Torpedo the Saudis« (4. März 2002), auf der Internetseite www.counterpunch.org/avnerysaudis.html
46. Amira Hass, »The mirror does not lie«, in Haaretz, 1. November 2000. Janes Foreign Report, 12. Juli 2001.
47. Shulamit Aloni, »You can continue with the liquidations«, in Jedioth Aharonot, 18. Januar 2002; vgl. Tanya Reinhart, »Evil Unleashed«, 19. Dezember 2001, auf der Internetseite www.zmag.org
48. Zum Hintergrund des Libanonkrieges, siehe Finkelstein, Rise and Fall, S. 44-45 und die zitierten Quellen, Die offiziellen israelischen Zahlen finden sich auf folgender Internetseite: <http://www.ou.org/yehushalayim/yomhazikaron/default.htm>
49. Amir Oren, »At the gates of Yassergrad«, in Ha'aretz, 25. Januar 2002, und Uzi Benziman, »Immoral Imperative«, in Haaretz, 1. Februar 2002 (israelischer Offizier); Chris Hedges, »A Gaza Diary«, in Harpers, Oktober 2001 (das Zitat stammt aus einem von National Public Radio ausgestrahlten Interview mit Hedges zu diesem Artikel).
50. Human Rights Watch, "Jenin IDF Military Operations", Mai 2002; Suzanne Goldenberg, »Across West Bank, daily tragedies go unscen«, in Guardian, 27. April 2002 („unterschieden sich nicht wesentlich“); Edward Cody, »Unnoticed Nablus May Have Taken West Bank's Worst Hit« in Washington Post, 21. Mai 2002. Nablus war am stärksten betroffen. Dort kamen 75 Palästinenser ums Leben, darunter 50 Zivilisten, im Vergleich zu einem getöteten israelischen Soldaten.
51. »Camp David and After: An Exchange — An Interview with Ehud Barak«, in New York Review of Books, 13. Juni 2002 (Barak). Zu Wiesel siehe Megan Goldin, Reuters, 11. April 2002, Greer Fay Cushman, »\AHesel: World doesn't understand threat of suicide bombers«, in Jerusalem Post, 12. April 2002; CNN 14. April 2002, Caroline B. Glick, »We must not let the hater define us«, in Jerusalem Post, 19. April 2002; Gabe Pressmans Interview mit Elie Wiesel im »News Forum«, 21. April 2002; Tsadok Yeheskeli, »I made them a stadium in the middle of the camp«, in Yedioth Aharanot, 31. Mai 2002; Amira Hass, »Someone even managed to defecate into the photocopier, in Ha'aretz, 6. Mai 2002.
52. Finkelstein, »Whither the >Peace Process<?«, S. 148.
53. »Israel must end the hatred now«, in Observer, 15. Oktober 2000; Haroon Siddiqui, »Tutu likens Israeli actions to apartheid«, in Toronto Star, 16. May 2002 (Brzezinski); Desmond Tutu, »Apartheid in the Holy Land«, in Guardian, 29. April 2002.
54. Jonathan Steele, »The Bush doctrine makes nonsense of the UN charter«, in Guardian, 6. Juni 2002. Auch an der wirtschaftlichen Front gehen die Vereinigten Staaten mit der gleichen Skrupellosigkeit vor. Paul Krugman, Wirtschaftskolumnist der New York Times, bemerkte etwa, dass die von der Regierung Bush erhobenen Strafzölle auf Stahlimporte »eine noch nie dagewesene Missachtung der internationalen Regeln darstellen («America the Scofflaw“, 24. Mai 2002).

55. Zu den »neuen Historikern«, siehe Konflikt, Kapitel 3.

56. "Many Israelis content to see Palestinians go", in Chicago Sun-Times, 14. März 2002 (Jaffee-Erhebung); Ari Shavit, "Waiting for the sign", in Ha'aretz, 22. März 2002; Tom Segev, »A black flag hangs over the idea of transfer«, in Haaretz, 5. April 2002. Gil Hoffman, "Fight on the right", in Jerusalem Post, 10. May 2002; Lily Galili, »A Jewish demographic state«, in Ha'aretz, 28. Juni 2002; Cypel Sylvain, »Benny Morris, le nouvel historien, a rejoint le consensus israelien«, in Le Monde, 30. Mai 2002 (vgl. Baudoin Loos, « Interview with Benny Morris », auf der Internetseite <http://msanews.mynet.net/Scholars/Loos/m0rris2001.html>, 25. Februar 2001; »The Arabs Are Responsible«, in Yediot Ahoronot, 23. November 2001, »The Arabs Are The Same Arabs«, in Between the Lines, Dezember 2001; Benny Morris, "Peace? No chance", in Guardian, 21. Februar 2002). Zur »Umsiedlung« im israelischen politischen Diskurs seit der Staatsgründung siehe Masalha, Land.

57. Yael Zerubavel, Recovered Roots, Chicago 1995, S. 183; vgl. S. 14; Teveth, Ben-Gurion, S. 36 (das Balfour-«Wunder«); Louis, British Empire, S. 487 (das Teilungs-»Wunder«); vgl. S. 395, 445, 460; James McDonald, My Mission to Israel, New York 1952, S. 176 (1948 „wunderbare Erleichterung“).

58. »Hardball with Chris Matthews«, Transcript, 1. Mai 2002 auf der Internetseite <http://www.adc.org!action/2002/02May2002.hmn> (DeLay und Arney). »Peace in the Middle East«, Senate Floor Statement von US-Senator James M. Inhofe, auf der Internetseite <http://inhote.senate.gov/H030402.html>, 4. März 2002; Ami Eden, »Top Lawyer Urges Death For Families of Bombers«, in Forward, 7. Juni 2002; Alan Dershowitz, »New response to Palestinian Terrorism«, in Jerusalem Post, 11. März 2002; Alan Dershowitz, Shouting Fire, New York 2002, S. 476-477; Benny Morris, Israel's Border Wars, 1949-1956, Oxford 1993, Kapitel 8 (Massaker von Qibya); Ritchie Owendale, Britain, the United States and the Transfer of Power in the Middle East, 1945-1962, New York 1996, S. 97 (amerikanische Zeitungen). Zum Rückgriff der Zionisten in den Jahren des britischen Mandats auf terroristische Vergeltungsschläge siehe Konflikt, S. 207-210, und Ben-Eliezer, Making, Kapitel 1-2.

59. Siehe Konflikt, Kapitel 2.

60. Die Zitate und Informationen zum Filmprojekt stammen aus »The Rehabilitation of Joan Peters: Discredited Author Finds a New Audience«, in The Rittenhouse Review, 19. Juni 2002, zu finden auf der Internetseite http://rittenhouse.blogspot.com/2002_06_16_rittenhouse_archive.html. Zur Verbreitung des Peters-Mythos durch jüdische Organisationen in Kanada siehe Myron Love, »Arab journalist puts lie to Palestinian claims«, in Canadian Jewish News, 21. Februar 2002.

61. »Sharon's plan is to drive Palestinians across the Jordan«, in Sunday Telegraph, 28. April 2002 (Creveld); Menachem Shalev, »Netanyahu recommends large-scale expulsions«, in Jerusalem Post, 19. November 1989.

62. Boas Evron, Jewish State Or Israeli Nation?, Bloomington 1995, S. 169, 237; Stembell, Founding Myths, S. 331; Martin van Creveld, The Sword and the Olive, New York 1998, S. 123-125, 154.

63. Zeev Stembell, "Balata has fallen", in Ha'aretz, 8. März 2002.

64. Cohen, Palestine, S. 247, 249. Lewis, British Empire, S. 467, 476.
65. Cohen, Palestine, S. 69, 79, 90-91, 230, 238-239. Weitere Ausführungen zu diesem Thema einschließlich der Haltung der amerikanischen Juden zur zionistischen Terrorkampagne bei David Hirst, *The Gun and the Olive Branch*, London 1977, S. 108-123.
66. Crossman, Palestine, S. 129, 169-170, 178-181.
67. Cohen, Palestine, S. 239, 245 (Times).
68. van Creveld, *Sword*, S. 57-61.
69. van Creveld, *Sword*, S. 361-362.
70. Edward Said, »A New Current in Palestine«, in *Nation*, 4. Februar 2002.
71. Weitere Informationen zu den Kriegsdienstverweigerern und anders denkenden Israelis bei Roane Carey und Jonathan Shainin (Hg.), *The Other Israel*, New York 2002.
72. Janine Zacharia, »Poll shows Americans' support for Israel in decline«, in *Jerusalem Post*, 13. Juni 2002.
73. Alisa Solomon, "Stop American Billions for Jewish Bombs", in *Village Voice*, 26. Dezember 2001; Liza Featherstone, »The Mideast War Breaks Out On Campus«, in *Natio*, 17. Juni 2002.
74. Desmond Tutu, »Build moral pressure to end the occupation, in *International Herald Tribune*, 14. Juni 2002, und Desmond Tutu und Ian Urbina, »Against Israeli Apartheid«, in *Nation*, 15. Juli 2002
75. Evron, *Jewish State*, S. 96 (Tal); Nicholas Watt, "MP accuses Sharon of "barbarism" ", in *Guardian*, 17. April 2002.